

Stand: 07.02.2026 17:59:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19239

"Keine Anwendung antisemitischer kuwaitischer Gesetze in Deutschland!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/19239 vom 28.11.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 29.11.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20731 des BU vom 08.02.2018
4. Beschluss des Plenums 17/20858 vom 22.02.2018
5. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 22.02.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger, Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Jürgen W. Heike, Dr. Martin Huber, Bernd Kränzle, Alexander König, Andreas Lorenz, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Martin Schöffel, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Keine Anwendung antisemitischer kuwaitischer Gesetze in Deutschland!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag lehnt entschieden ab, dass die Gesetzgebung des Emirates Kuwait den Vertragsabschluss mit israelischen Staatsangehörigen durch Dienstleister des eigenen Landes unter Strafen stellt.
2. Der Landtag bittet die Staatsregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung bei der Regierung des Emirates Kuwait auf eine Änderung dieser Gesetzgebung aus dem Jahre 1964 hinwirkt. Sollten diese Bemühungen erfolglos bleiben, soll die Bundesregierung wie auch die Bayerische Staatsregierung prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, Dienstleistern, die hierzulande auf dieser gesetzlichen Grundlage des Emirates Kuwait agieren, die Erbringung von Dienstleistungen und Waren in Deutschland zu untersagen.

Begründung:

Die Fluggesellschaft Kuwait Airways hatte sich jüngst geweigert, einen Passagier mit israelischer Staatsbürgerschaft von Frankfurt aus zu befördern. Die Fluggesellschaft berief sich dabei auf ein kuwaitisches Gesetz von 1964, das wirtschaftliche Vereinbarungen mit Israel verbietet und unter Strafe stellt, da Kuwait den Staat Israel nicht anerkennt. Eine solche Gesetzgebung steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der deutschen Gesellschaft und ist sowohl antiisraelisch wie auch antisemitisch. Kuwaitische Unternehmen, die in der Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich aktiv sein wollen, dürfen nicht mehr länger unter dieser diskriminierenden gesetzlichen Grundlage agieren. Eine indirekte Anwendung antisemitischer Gesetze darf in Deutschland nicht geduldet werden!

ich nur, weil dazu eine Umfrage durchgeführt worden ist.

Sie haben hier gesagt, dass die Argumente ausgetauscht sind, und deswegen wollten Sie nur noch das Wesentliche feststellen: Es stimmt, es passt alles, wir haben eine hohe Qualität – sagen Sie. Das steht doch im kompletten Widerspruch dazu, wie der Schwimmunterricht an den Schulen stattfindet. Jetzt frage ich Sie von der CSU, die im Bildungsausschuss zuständig sind: Haben Sie wirklich einmal vor Ort geschaut, wie die Lehrkräfte überhaupt Schwimmunterricht erteilen können? Wenn Sie sagen, dass der Schwimmunterricht eine hohe Qualität habe, dann kann ich aufgrund meiner eigenen Besuche in Grundschulen nur sagen: Alle Lehrkräfte erzählen mir, wie ausgesprochen schwierig es ist. Es besteht Handlungsbedarf. Deshalb spricht es von hoher Arroganz, wenn Sie sagen, es habe schon alles in der Beantwortung der Interpellation gestanden und sei im Protokoll nachzulesen, und wir hätten eine hohe Qualität. Das Protokoll sagt etwas ganz anderes aus, und um das zu lesen, brauche ich nicht im Bildungsausschuss zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin, auf Ihre Frage, ob ich mich von der Qualität des Schwimmunterrichts an den Schulen überzeugt habe und weiß, wie der Schwimmunterricht erteilt wird, antworte ich ganz einfach mit Ja.

(Diana Stachowitz (SPD): Nicht wie, sondern wie oft die Lehrkräfte Schwimmunterricht machen können! Aber lassen Sie es doch! – Volkmar Halbleib (SPD): Alles gesagt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Entschuldigen Sie, Frau Kollegin, Sie haben Ihre Zwischenbemerkung machen können, und der Herr Kollege Prof. Waschler ist mit seinen Ausführungen am Ende.

(Diana Stachowitz (SPD): Alles verstanden! Danke!)

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktionen sind übereingekommen, über die Voten der jeweils federführenden Ausschüsse abzustimmen. Die federführenden Ausschüsse für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und für Bildung und Kultus empfehlen, die drei genannten Anträge abzulehnen. Ich lasse jetzt über die vorgenannten Ausschussvoten abstimmen. Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Anträge sind damit abgelehnt.

Ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/19256 "Computerspiele bei der Jugendmedienarbeit verstärkt berücksichtigen" bekanntgeben: Mit Ja haben 134 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Nein-Stimmen und keine Enthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/19239 mit 17/19246 sowie auf den Drucksachen 17/19258 mit 17/19264 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 12 mit 24 und die Listennummern 15, 40 und 42 der nicht einzeln zu beratenden Anträge werden auf einen der nächsten Plenartag verschoben. – Damit schließe ich die Sitzung für heute. Ich danke Ihnen allen.

(Schluss: 18.56 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Drs. 17/19239**

**Keine Anwendung antisemitischer kuwaitischer Gesetze in
Deutschland!**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Franz Rieger**
Mitberichterstatter: **Georg Rosenthal**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 82. Sitzung am 8. Februar 2018 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger, Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Jürgen W. Heike, Dr. Martin Huber, Bernd Kränzle, Alexander König, Andreas Lorenz, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Martin Schöffel, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)

Drs. 17/19239, 17/20731

Keine Anwendung antisemitischer kuwaitischer Gesetze in Deutschland!

1. Der Landtag lehnt entschieden ab, dass die Gesetzgebung des Emirates Kuwait den Vertragsabschluss mit israelischen Staatsangehörigen durch Dienstleister des eigenen Landes unter Strafen stellt.
2. Der Landtag bittet die Staatsregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung bei der Regierung des Emirates Kuwait auf eine Änderung dieser Gesetzgebung aus dem Jahre 1964 hinwirkt. Sollten diese Bemühungen erfolglos bleiben, soll die Bundesregierung wie auch die Bayerische Staatsregierung prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, Dienstleistern, die hierzulande auf dieser gesetzlichen Grundlage des Emirates Kuwait agieren, die Erbringung von Dienstleistungen und Waren in Deutschland zu untersagen.

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 3, 8 und 11, die auf Wunsch der Abgeordneten bzw. der Fraktionen im Plenum am 14. März beraten werden sollen. Die Anträge betreffen die Kennzeichnungspflicht bzw. die individuelle Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten.

Über die übrigen Listennummern lasse ich nun abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen im Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind zurzeit nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. SPD
Änderung der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung (GLKrWO)
Drs. 17/2777, 17/20570 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Gut leben in der Stadt IV
Reduzierung der Abgas- und Feinstaubbelastung durch Industrieanlagen
Drs. 17/16632, 17/20555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm
Kennzeichnungspflicht für bayerische Polizeibeamte
Drs. 17/18990, 17/20550 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

4. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann, Kathi Petersen u. a. SPD
Berichtsantrag zu den Auswirkungen von Isoglucone
Drs. 17/19009, 17/20708 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu pflanzengenetischen Ressourcen in Bayern
Drs. 17/19084, 17/20571 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Förderung von Bewässerungsprojekten
Drs. 17/19159, 17/20572 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU)
Keine Anwendung antisemitischer kuwaitischer Gesetze in Deutschland!
Drs. 17/19239, 17/20731 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)
Individuelle Kennzeichnung von Polizisten in geschlossenen Verbänden
Drs. 17/19244, 17/20548 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerische Autobahndirektionen stärken
Drs. 17/19245, 17/20602 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Klares Bekenntnis gegen die Anwendung antisemitischer Gesetze
des Emirates Kuwait in Deutschland
Drs. 17/19258, 17/20730 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kennzeichnungspflicht für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Bayern
Drs. 17/19264, 17/20549 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

12. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Soziale Säule der EU rechtsverbindlich machen
Drs. 17/19292, 17/20729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Insektensterben in Bayern
Drs. 17/18712, 17/20556 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückgang der Insektenpopulationen
Drs. 17/18724, 17/20421 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u. a. CSU
Rückgang von heimischen Insekten und Vögeln stoppen – unverzüglicher Beginn der Ursachenforschung
Drs. 17/18859, 17/20422 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Maßnahmen zum Eindämmen des Insektensterbens in Bayern
Drs. 17/19081, 17/20423 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Abschiebung in Krieg und Verfolgung –
Abschiebestopp nach Syrien verlängern
Drs. 17/19496, 17/20557

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Eine Entwicklungsperspektive für die klassische Ballettausbildung in Bayern:
Nachwuchsförderung zukunftssicher gestalten –
ein Ballettinternat auch für Bayern!
Drs. 17/18590, 17/20718 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein antisemitischer Israel-Boykott nach kuwaitischem Recht in Deutschland
Drs. 17/19246, 17/20733 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze
auf europäischen Flughäfen hinwirken
Drs. 17/19313, 17/20732 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>